

Rahmenvertrag

über die **Gestaltung von Print- und Nonprintmedien**

Zwischen der

Techniker Krankenkasse
Bramfelder Straße 140
22305 Hamburg

- im Folgenden "**TK**" -

und

Der AN wird vor Zuschlagserteilung von der TK eingetragen.

- im Folgenden "**AN**" (Auftragnehmer) -

wird unter der Vertragsnummer 20159015 folgender Vertrag geschlossen:

§ 1 Vertragsbestandteile

(1) Die Vertragsbestandteile gelten in der folgenden Reihenfolge:

- dieser Vertrag
- Interessenteninformation (**Anlage V1**)
- die Leistungsbeschreibung (**Anlage V2**)
- *Nicht belegt* (Anlage V3)
- Angebot (**Anlage V4**) nebst Anlagen
 - Preisblatt (**Anlage A1**)
 - Ansprechpersonen (**Anlage A2**)
- Gemeinsame Wettbewerbsgrundsätze der Aufsichtsbehörden der gesetzlichen Krankenkassen in der jeweils gültigen Fassung (**Anlage V5**, Wettbewerbsgrundsätze 2016 mit Ergänzungen 2017)
- die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung.

(2) Weitere Bedingungen des AN, insbesondere Allgemeine Geschäftsbedingungen, werden ausdrücklich ausgeschlossen. Dies gilt insbesondere auch für Abweichungen oder Widersprüche, die in den vom AN eingereichten Unterlagen bestehen.

§ 2 Vertragsgegenstand

(1) Gegenstand dieses Rahmenvertrages ist die Neuerstellung und Anpassung (Adaption) von Print- und Nonprintmedien der TK. Die TK wird den AN jeweils auf Basis eines gesonderten Auftrages (im Folgenden „Einzelauftrag“) mit entsprechenden Leistungen beauftragen.

(2) Näheres ergibt sich aus der Leistungsbeschreibung (LB, Anlage V 2), die Bestandteil dieses Vertrages ist.

(3) Soweit der AN eine Bietergemeinschaft ist, handelt es sich bei den Bietergemeinschaftsmitgliedern um Gesamtschuldner i.S.v. § 421 BGB.

(4) Eine Verpflichtung zum Abruf eines bestimmten Mindestvolumens besteht nicht. Der Höchstwert beträgt 120% Prozent des Angebotsvergleichspreises zuzüglich der Fremdkosten gem. Ziff. 4 der LB in Höhe von 300.000,00 EUR brutto für die gesamte Vertragslaufzeit (vgl. Ziff. 5 Preisblatt, Anlage A1).

§ 3 Vertragslaufzeit und ordentliche Kündigung

(1) Der Vertrag beginnt mit Zuschlagserteilung. Die Erteilung und Durchführung von Einzelaufträgen ist ab Zuschlagserteilung, frühestens jedoch ab dem 01.02.2027 (Leistungsbeginn) möglich. Dieser Rahmenvertrag hat eine Mindestvertragslaufzeit von zwei Jahren ab Leistungsbeginn und endet spätestens vier Jahre nach Leistungsbeginn, ohne dass es einer Kündigung bedarf.

(2) Dieser Rahmenvertrag ist erstmals mit einer Frist von neun Monaten zum Ablauf der Mindestvertragslaufzeit ordentlich kündbar. Nach Ablauf der Mindestlaufzeit ist er mit einer Frist von neun Monaten jeweils zum Ende eines Monats ordentlich kündbar. Die Kündigung ist schriftlich zu erklären.

(3) Sobald 90% des Höchstwertes erreicht sind, ist jede Vertragspartei - auch bereits während der Mindestvertragslaufzeit - berechtigt, den Vertrag mit einer Frist von drei Monaten zum Monatsende schriftlich zu kündigen. 90% des Höchstwertes sind erreicht, sobald die TK Leistungen in dieser Höhe abgerufen hat.

(4) Von der Beendigung dieses Vertrages bleiben die bis zu diesem Zeitpunkt erfolgten Einzelabrufe unberührt. Für die jeweiligen Einzelabrufe gelten die Regelungen dieses Vertrages bis zu deren Beendigung fort. Dies gilt auch, soweit ein solcher Einzelauftrag nachträglich angepasst werden muss.

(5) Das Recht, den Vertrag fristlos aus wichtigem Grund zu kündigen, bleibt - auch während der Mindestvertragslaufzeit und auch für die Einzelaufträge - unberührt.

§ 4 Erteilung und Durchführung von Einzelaufträgen

(1) Auf Basis dieses Rahmenvertrages beauftragt die TK den AN mit Einzelaufträgen, die jeweils einzelne Leistungen des Vertragsgegenstandes oder mehrere kombiniert beinhalten können. Unter diesem Rahmenvertrag kann der AN von der TK mit mehreren Einzelaufträgen parallel zueinander beauftragt werden.

(2) Hinsichtlich des Ablaufs des Abschlusses der Einzelaufträge wird auf die LB, insbesondere auf deren Ziffern 5.4.1 und 5.4.2 verwiesen. Vertragsbestandteile des Einzelauftrages werden das Briefing, das Rebriefing (soweit erfolgt), der Kostenvoranschlag und das Timing (jeweils in der von der TK freigegebenen Fassung).

§ 5 Durchführung und Zusammenarbeit

(1) Der AN verpflichtet sich, die jeweiligen Einzelaufträge gemäß den inhaltlichen und zeitlichen Vorgaben, die sich aus den Vertragsunterlagen des Einzelauftrags (Briefing, ggf. Rebriefing, Kostenvoranschlag und Timing) ergeben, zu bearbeiten. Der AN ist verpflichtet, seine Leistungen in ständigem Kontakt mit der TK durchzuführen und diese laufend über den Fortgang der Leistungen in angemessener Weise zu unterrichten. Der AN informiert die TK unverzüglich, wenn er Fehler oder Unregelmäßigkeiten bei der Durchführung der vertraglichen Leistung feststellt, insbesondere wenn er seine Leistungsverpflichtungen nicht zeitgerecht einhalten kann. Bei Auftreten von Meinungsverschiedenheiten werden sich die Vertragspartner nach Kräften um eine einvernehmliche Lösung bemühen.

(2) Nach Erhalt einer Mitteilung gemäß Absatz 1 werden die Vertragspartner unverzüglich sämtliche Maßnahmen koordinieren und durchführen, die notwendig sind, um eine mögliche Verzögerung abzuwenden oder die Auswirkungen und Dauer der Verzögerung bestmöglich zu mindern. Darüberhinausgehende Ansprüche der Vertragspartner bleiben hierdurch unberührt. Insbesondere bleiben Ansprüche der TK unberührt, wenn die Einhaltung der in dem Einzelauftrag benannten Termine für die TK von besonderem Interesse ist.

(3) Die TK stellt dem AN die zur Durchführung des Vertrages erforderlichen Informationen und Daten vollständig und rechtzeitig zur Verfügung. Diese werden in gemeinsamer Absprache der Vertragsparteien im Verlaufe der Vertragsdurchführung festgelegt. Abstimmungen zwischen TK und AN finden in der Regel virtuell/digital statt. Im Einzelfall finden auf Veranlassung der TK Abstimmungen in Präsenz in den Räumen der TK statt.

(4) Nach Zuschlagserteilung benennt der AN der TK eine Ansprechperson. Die TK wird dem AN mit Vertragsschluss ebenfalls eine Ansprechperson benennen. Die Kommunikation zu Anforderungen an die zu erbringenden Leistungen erfolgt ausschließlich über die von den Parteien benannten Ansprechpersonen. Die TK wird den übrigen vom AN eingesetzten Personen keine Weisungen erteilen.

(5) Der AN verpflichtet sich, die im Hinblick auf Arbeitsschutz und Unfallverhütung geltenden Gesetze und Verordnungen und die, soweit relevant, hierauf beruhende Fremdfirmenordnung der TK zu beachten. Die von ihm in den Räumen der TK eingesetzten Personen sind vom AN entsprechend zu unterweisen und anzuhalten, diesbezüglichen Vor-Ort-Vorgaben der TK Folge zu leisten.

(6) Die TK betreibt eine Kritische Infrastruktur im Sinne der Verordnung zur Bestimmung Kritischer Infrastrukturen nach dem BSI-Gesetz. Soweit in besonderen Fällen (zum Beispiel Auswirkungen einer Pandemie) eine Beeinträchtigung des entsprechend hohen Schutz- und Sicherheitsniveaus der TK droht, ist die TK berechtigt, besondere angemessene Schutzmaßnahmen vorzugeben, die Auswirkungen auf die Leistungserbringung haben können.

(7) Der AN gewährleistet ein Monitoring des Vertrages im Hinblick auf das Abrufvolumen und teilt der TK jeweils unmittelbar nach Kalenderquartalsende den aktuellen Stand per E-Mail an die Ansprechperson der TK sowie an die Mailadresse monitoring-dzem@tk.de mit.

Die Mitteilung ist tabellarisch aufzubauen und hat in der vorgegebenen Reihenfolge in Spalten die folgenden Informationen zu enthalten:

1. Ansprechperson AN (E-Mail-Adresse)
2. Vertragsnummer
3. Bruttowert des von der TK eingegangenen Abrufvolumens seit Vertragsbeginn
4. Datenstichtag des Bruttowertes im Format TT.MM.JJJJ

Der AN informiert die TK innerhalb von 14 Tagen bei Erreichen von 60 % des in § 2 Abs. 3 genannten Höchstwertes sowie unverzüglich, wenn der Höchstwert zu 95% und wenn der Höchstwert zu 100% erreicht ist. Dabei ist ein bestimmter Anteil des Höchstwertes dann als erreicht anzusehen, sobald die TK Leistungen in dieser Höhe abgerufen hat.

§ 6 Personal und Austausch von Mitarbeitern

(1) Grundsätzlich sind die gemäß **Anlage A2** (Ansprechpartner) benannten festen Ansprechpersonen für Beratung/Account Management, Senior Art Direction und Art Direction während der gesamten Vertragslaufzeit für die TK als feste Ansprechpersonen in diesen Positionen vorzuhalten.

(2) Im Falle von Abwesenheiten oder eines zwingend erforderlichen Austausches einer dieser Ansprechpersonen ist der AN verpflichtet, nur fachkundige und zuverlässige Personen einzusetzen, deren Qualifikationen den Qualifikationen der jeweils auszutauschenden Ansprechperson entsprechen. Der Austausch einer Ansprechperson gemäß Satz 1 ist zwingend erforderlich, wenn der weitere Einsatz unmöglich ist oder wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Diese Voraussetzungen muss der AN nachvollziehbar, sachbezogen und willkürfrei darlegen und im Streitfall durch Dokumente oder Aussagen belegen können. Bei allen übrigen Personen wird der AN einen Austausch auf ein Mindestmaß beschränken. Das Team wird zu keinem Zeitpunkt in der Seniorität, Kompetenz und Erfahrung herabgestuft.

(3) Im Falle von leistungs-, personen- oder verhaltensbedingten Verfehlungen von eingesetzten Personen wird die TK gegenüber dem AN eine begründete Abmahnung unter Benennung der betreffenden Person aussprechen.

(4) Die TK kann den Austausch einer vom AN eingesetzten Person bei Vorliegen eines wichtigen Grundes verlangen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn die TK - entsprechend Absatz 3 - aufgrund einer Verfehlung der betreffenden Person bereits eine Abmahnung ausgesprochen hat. Eine Gleichartigkeit der (erneuten) Verfehlung ist nicht erforderlich. Die Gründe müssen nachvollziehbar, sachbezogen und willkürfrei dargelegt und im Streitfall durch Dokumente oder Aussagen von TK-Mitarbeiterinnen bzw. TK-Mitarbeitern belegbar sein.

(5) Bei einer besonders schweren Verfehlung (z. B. Diebstahl, Verletzung des Datengeheimnisses) tauscht der AN die Person unverzüglich aus, ohne dass es einer vorherigen Abmahnung durch die TK bedarf. Das Vorliegen einer besonders schweren Verfehlung muss die TK nachvollziehbar, sachbezogen und willkürfrei darlegen und im Streitfall durch Dokumente oder Aussagen von TK-Mitarbeiterinnen bzw. TK-Mitarbeitern belegen können.

(6) Bei einem Austausch ist der AN verpflichtet, unverzüglich eine entsprechend Absatz 2 qualifizierte

Person als Ersatz zur Verfügung zu stellen. Die Einarbeitung erfolgt auf Kosten des AN. Kann der AN nicht oder nicht unverzüglich einen geeigneten Ersatz beschaffen, so steht der TK, unbeschadet etwaiger Schadensersatzansprüche nach angemessener Fristsetzung das Recht zur fristlosen, außerordentlichen Kündigung zu. Ist dem AN nachweislich die Zurverfügungstellung eines geeigneten Ersatzes unmöglich, ist die Fristsetzung entbehrlich.

(7) Der Anspruch auf Austausch einzelner Personen lässt die Regelungen über die fristlose, außerordentliche Kündigung dieses Vertrags unbeschadet.

§ 7 Abnahmen und Freigaben

(1) Nach Übergabe des jeweils geschuldeten Arbeitsergebnisses (vgl. hierzu insbesondere Ziffer 5.4.4 der LB) prüft die TK die Abnahmefähigkeit innerhalb einer angemessenen Frist. Ist das jeweilige Arbeitsergebnis nicht mit Mängeln behaftet, erklärt die TK die Freigabe bzw. die Abnahmen schriftlich oder in Textform gegenüber dem AN. Die Abnahme erfolgt grundsätzlich, indem die TK den Einzelauftrag in der Fassung seiner jeweils einzelvertraglich definierten letzten Bearbeitungsstufe freigibt. Ist die Übermittlung von Reinzeichnungen an eine Litho geschuldet, gibt die TK nur das finale Layout gemäß Satz 1 frei. Die Reinzeichnung und damit der Einzelauftrag gilt als abgenommen, sobald die Agentur sie auf dem FTP-Server der Litho hochgeladen und die Litho und die TK per E-Mail davon in Kenntnis gesetzt hat. § 640 Absatz 2 Satz 1 BGB bleibt unberührt.

(2) Weitere, evtl. auch abweichende Vereinbarungen für Freigaben und Abnahmen sowie deren Fristen sind in dem jeweiligen Einzelauftrag geregelt.

§ 8 Nutzungsrechte

(1) An allen im Rahmen dieses Vertrages für die TK erstellten und abgenommenen Werken, die ganz oder teilweise vom AN oder dessen Arbeitnehmern oder im Rahmen dieses Vertrages vom AN beauftragten Personen erbracht worden sind, überträgt der AN bzw. räumt der AN der TK die ausschließlichen, zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränkten Nutzungsrechte hinsichtlich aller diesbezüglichen Schutzrechte ein, namentlich Urheber- und Leistungsschutzrechte, einschließlich aller Rechtspositionen an Ideen, Entwürfen, Konzepten und Gestaltungen frei von Rechten Dritter. Dies gilt insbesondere für die bearbeiteten oder gestalteten Medien und die erstellten Infografiken, Grafiken, PowerPoint-Präsentationen, Illustrationen, Icons und Bilder. Hinsichtlich zu produzierender Fotos kann im jeweiligen Einzelauftrag Abweichendes vereinbart werden.

Urheber- und Leistungsschutzrechte umfassen insbesondere, aber nicht ausschließlich:

- das Vervielfältigungsrecht, (z.B. in allen gedruckten und elektronischen/digitalen Formen)
- das Verbreitungsrecht, (in unbeschränkter Stückzahl)
- das Ausstellungsrecht,
- das Wiedergaberecht, insbesondere das Recht, die Werke öffentlich durch Online-, Medien und Telekommunikationsdienste, insbesondere über das Internet zugänglich zu machen oder machen zu lassen sowie das Recht, die Werke durch Sendung, in Film, Fernsehen, Video, Computerprogrammen, Multimediaanwendungen oder sonstigen analogen oder digitalen audiovisuellen Wiedergaben jeglicher Art wiederzugeben oder wiedergeben zu lassen,
- das Übertragungsrecht mittels File-Sharing oder auf Trägermaterial zur digitalen Wiedergabe (CD-ROM, externe Festplatten und ähnliches) und zu dessen Vervielfältigung einschließlich der Speicherung in Datenbanken und Datennetzen und der Ermöglichung des individuellen Abrufs durch deren Nutzer,

- das - auch durch Dritte wahrgenommene - Recht zur Bearbeitung, Umgestaltung und Kürzung der Werke sowie die hierdurch geschaffenen Werke in gleicher oder anderer Weise wie die ursprüngliche Fassung zu verwenden,
- das Recht, die Werke mit anderen Werken zu verbinden und diese in gleicher oder anderer Weise wie die ursprüngliche Fassung zu verwerten.

(2) Die Übertragung schließt das Recht zur Weiterübertragung an Dritte ein. Eine Verpflichtung zur Nutzung der eingeräumten und/oder übertragenen Rechte besteht nicht.

(3) Zieht der AN zur Vertragserfüllung Dritte heran, wird er deren Urhebernutzungsrechte für die TK zeitlich, örtlich, nach Verwendungszweck und in jeder anderen Weise unbeschränkt erwerben und im gleichen Umfang auf die TK übertragen. Die TK ist berechtigt, Einsicht in die mit Dritten geschlossenen Verträge, die zur Erfüllung dieses Vertrages und der Einzelaufträge nötig sind, zu nehmen.

(5) Der AN wird die TK jeweils vorher über etwaige Beschränkungen der Urhebernutzungsrechte informieren. Auf bestehende Rechte von Verwertungsgesellschaften wird der AN hinweisen.

(6) Der AN wird die im Rahmen dieses Vertrages und der Einzelaufträge an die TK gewährten Leistungen, insbesondere sämtliche Ideen, Entwürfe und Gestaltungen nicht in gleicher oder abgeänderter Form für andere Auftragnehmer verwenden.

(7) Der AN gewährleistet, dass bei den von ihm der TK eingeräumten Nutzungsrechten Schutzrechte Dritter nicht entgegenstehen und er keine diesem Vertrag entgegenstehende Verfügung getroffen hat. Der AN stellt die TK von allen Ansprüchen frei, die Dritte aus der möglichen Verletzung ihrer Schutzrechte durch sämtliche auf Basis dieses Rahmenvertrages erbrachten Leistungen geltend machen, soweit diese auf einem pflichtwidrigen Verhalten des AN beruhen. Der TK durch die Rechtsverteidigung entstandenen Gerichts- und Anwaltskosten gehen zu Lasten des AN.

(8) Die Anmeldung von Schutzrechten an den Werken bleibt der TK vorbehalten, insbesondere von nationalen oder europäischen Markenrechten. Der AN hat alles zu unterlassen, was einem solchen Schutz hinderlich sein könnte.

(9) Die TK gestattet dem AN und den jeweiligen Unterauftragnehmern für die auf Basis dieses Vertrages und der Einzelaufträge zu erstellenden Werke die Nutzung der marken-, wettbewerbs- oder urheberrechtlich geschützte Bezeichnungen/Logos der TK. Diese dürfen von dem AN ausschließlich in der im Corporate Design vorgegebenen Art und Weise verwendet werden. Eine Änderung ist ohne Zustimmung der TK nicht gestattet. Eine darüberhinausgehende Verwendung ist von dieser Gestattung nicht erfasst. Eine Übertragung dieses Rechts durch den AN auf Dritte ist ausdrücklich untersagt. Die TK ist jederzeit ohne Angabe von Gründen berechtigt, dem AN die Nutzung zu untersagen. Das Nutzungsrecht endet automatisch mit Beendigung dieses Vertrages.

§ 9 Künstliche Intelligenz

(1) Der AN entscheidet unter Anwendung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt über den Einsatz von KI in sinnvollem Umfang und für konkrete Arbeitsschritte, sofern und soweit die TK hierzu keine Vorgaben gemacht hat.

(2) Soweit der AN der TK im Rahmen der Leistungserbringung Leistungen zur Verfügung stellt, die der KI-VO unterfallen, gewährleistet der AN, dass seine Leistungen allen gesetzlichen Vorgaben für die Verwendung von KI, insb. der VO (EU) 2024/1689 vom 13. Juni 2024 (KI-VO), entsprechen.

(3) Der AN hält - auch bei Einsatz von KI - die vertraglich vereinbarten und gesetzlichen Anforderungen an den Schutz von personenbezogenen Daten sowie an den Schutz vertraulicher Informationen und Geschäftsgeheimnisse ein.

(4) Der AN gewährleistet, dass die eingesetzte KI weder direkt noch indirekt mit den Daten trainiert oder weiterentwickelt wird, die der AN von der TK erhält oder die bei der Leistungserbringung für die TK generiert werden.

(5) Der AN gewährleistet auch bei Einsatz von KI die Einhaltung aller vertraglich vereinbarten Anforderungen an die Erbringung der Leistung und insbesondere an die Qualität der Ergebnisse und führt alle hierfür erforderlichen Qualitätssicherungsmaßnahmen inkl. menschlicher Überprüfungen durch.

(6) Soweit der AN nach diesem Vertrag verpflichtet wird, der TK ausschließliche Nutzungsrechte an urheberrechtlich geschützten Arbeitsergebnissen einzuräumen, gewährleistet der AN insbesondere, dass es sich bei den Arbeitsergebnissen trotz des Einsatzes von KI um urheberrechtlich schutzfähige Werke handelt. KI darf in diesem Fall lediglich unterstützend eingesetzt werden.

§ 10 Vergütung

(1) Der AN erhält für seine Leistungen die im Preisblatt (**Anlage A1**) angegebene Vergütung. Eine Vergütung erfolgt nur für tatsächlich erbrachte Leistungen. Ob eine Vergütung auf Basis von Stundensätzen (s. Ziffer 2.1) oder auf Basis von Seiten- und Stückpreisen (s. Ziffern 2.2 und 2.3) vergütet wird, entscheidet die TK.

(2) Mit der Vergütung gemäß Absatz 1 sind alle Leistungen sowie alle Nebenkosten, Auslagen und Aufwendungen gleich aus welchem Rechtsgrund abgegolten, auch soweit ihnen im Preisblatt keine gesonderte Preisposition zugeordnet ist, oder sie nicht regelmäßig oder nur auf Verlangen der TK erbracht werden. Abgegolten sind insbesondere Kosten für die Einarbeitung/Schulung, die monatlichen Meetings und Qualitätsreviews, Kosten für Organisation und Handling, Reisekosten und -zeiten für die Schulungen und Meetings sowie etwaige Kosten, die ihm anlässlich seiner Pflichten aus Ziffer 6 der LB entstehen.

(3) Der Anspruch auf Vergütung wird nicht fällig vor Zugang einer prüffähigen, den gesetzlichen und vertraglichen Anforderungen genügenden Rechnung.

§ 11 Abrechnung

(1) Die Rechnungsstellung erfolgt nach Abnahme (gemäß § 8) des jeweiligen Einzelauftrages durch die TK. Die Summe, die die Abrechnung ausweist, darf maximal der per Kostenvoranschlag vereinbarten entsprechen. Die Rechnung sollte zeitnah und nicht später als vier Wochen nach der Abnahme des Einzelauftrages gestellt werden. Sie ist im Jahr der Leistungserbringung und für ein abgelaufenes Jahr spätestens bis Ende Januar des Folgejahres zu stellen.

(2) Sofern Fremdkosten (s. Ziffer 5.4.3 der LB) abgerechnet werden sollen, erfolgt deren Rechnungsstellung separat von der Rechnungsstellung der Agenturleistungen und ebenfalls erst nach Abnahme des Einzelauftrags in dessen Rahmen die Fremddienstleistung erbracht worden ist. Die Summe, die die Abrechnung ausweist, darf maximal der per Kostenvoranschlag für Fremdkosten vereinbarten bzw. zu einem späteren Zeitpunkt von der TK freigegebenen Höhe entsprechen (vgl. Ziffer 5.4.3 der LB zu Fremdkosten). Die Rechnungen sollten zeitnah und nicht später als acht Wochen nach der Abnahme des Einzelauftrages gestellt werden. Ein evtl. Fremddienstleisterskonto verbleibt beim AN. Sie sind im

Jahr der Leistungserbringung und für ein abgelaufenes Jahr spätestens bis Ende Januar des Folgejahres zu erbringen.

Der AN stellt nur die tatsächlich angefallenen Fremdkosten in Rechnung. Nach erfolgter Fremddienstleistung überprüft der AN deshalb zunächst die jeweilige Fremdkostenrechnung und nimmt auf dieser Basis die Abrechnung mit dem Fremddienstleister vor. Der AN sorgt gegebenenfalls für die Korrektur von Fehlern. Der AN stellt seine Rechnung an die TK so, dass die gestellten Rechnungsinhalte nachvollziehbar und transparent ausgewiesen sind.

(3) Vor dem Hintergrund der E-Rechnungsverordnung sind Rechnungen auf elektronischem Wege zu stellen.

Die Rechnungen sind als XRechnungen über die OZG-RE über folgenden Link an die TK einzureichen: <https://xrechnung-bdr.de/edi/home>.

Zur Rechnungserstellung ist die **Leitweg-ID 992-80116-93** der TK anzugeben. Zudem müssen bei der XRechnung alle Pflichtfelder sowie mindestens die Zusatzfelder

Feld BT-56 "Name": 50744042

Feld BT-12 "Vertragsnummer": 20159015

gefüllt sein. Ggf. weitere Vorgaben zu Zusatzfeldern teilt die TK bei Bedarf dem AN nach Zuschlagserteilung mit (z.B. zu Feld BT-18 "Objektnummer", Feld BT-51 bei geschützten Daten).

Zahlungsbegründende Unterlagen (z.B. Leistungsnachweise) sind durch Hochladen als Datei der E-Rechnung beizufügen.

Die TK ist berechtigt, die vorstehenden Vorgaben unter Beachtung einer angemessenen Ankündigungsfrist anzupassen.

(4) Die vom AN zu erstellenden Rechnungen müssen prüffähig sein. Die jeweils gültige gesetzliche Umsatzsteuer ist am Schluss der Rechnung in einem Betrag gesondert hinzuzusetzen und der geforderte Rechnungsbetrag, der die Umsatzsteuer einschließt, zu nennen.

(5) Rechnungen sind zahlbar innerhalb von 30 Tagen nach Eingang einer gemäß den Absätzen 2 und 3 erstellten und den gesetzlichen Anforderungen entsprechenden Rechnung.

§ 12 Geheimhaltung

(1) Vertrauliche Informationen sind:

- Informationen über den Inhalt dieses Vertrages.
- Geschäftsgeheimnisse; diese beinhalten das gesamte kaufmännische und technische Wissen, das nur einem begrenzten Personenkreis zugänglich ist und an dessen Nichtverbreitung die jeweilige Vertragspartei ein berechtigtes Interesse hat. Unter dem kaufmännischen Wissen sind alle Daten zu verstehen, die sich auf den Zustand der Vertragsparteien und ihr Marktverhalten beziehen, wie insbesondere finanzielle, wirtschaftliche, rechtliche, wissenschaftliche und steuerliche sowie die Geschäftsstrategien oder Schutzrechte betreffende Informationen (z. B. organisatorische und strukturelle Vorhaben, Kalkulationsunterlagen, Werbe- und Marketingkonzepte). Technisches Wissen sind alle technischen und technologischen Daten (z. B. betriebs- bzw. unternehmensorganisatorische Softwarelösungen).
- Die Mitarbeitenden oder den Vorstand/die Geschäftsleitung betreffende unternehmensrelevante Informationen, die nur einem begrenzten Personenkreis zugänglich sind und an deren

Nichtverbreitung die jeweilige Vertragspartei ein berechtigtes Interesse hat (z.B. geplante interne Versetzungen, Änderungen der Personalstruktur u. Ä.).

(2) Die Vertragsparteien sind verpflichtet, über die in Absatz 1 genannten vertraulichen Informationen der jeweils anderen Partei Stillschweigen zu wahren, sie - soweit dies erforderlich ist - ausschließlich zum Zwecke dieser Vertragserfüllung zu verwenden und sie Dritten ohne vorherige schriftliche Zustimmung der jeweils anderen Partei nicht zugänglich oder bekannt zu machen.

(3) Die Verpflichtung zur Geheimhaltung besteht auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses.

(4) Die Verpflichtung zur Geheimhaltung entfällt, soweit die Weitergabe der vertraulichen Informationen an beauftragte Unterauftragnehmer zur Durchführung der unterbeauftragten Leistungen zwingend erforderlich ist. Von der Verpflichtung nach Absatz 2 und 3 ausgenommen sind weiterhin Informationen, die

- veröffentlicht und/oder allgemein bekannt werden ohne ein die Geheimhaltungsverpflichtung verletzendes Zutun einer Vertragspartei,
- der jeweiligen Vertragspartei vor Anbahnung des Vertrages im Sinne des § 311 Abs. 2 Nr. 2 BGB bereits bekannt sind oder auf einem anderen Weg als durch den Vertragspartner rechtmäßig bekannt werden,
- aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder vollstreckbarer behördlicher oder gerichtlicher Entscheidungen offengelegt werden müssen oder
- zur sachgerechten Rechtsverfolgung von Rechten und Ansprüchen aus diesem Vertrag Dritten notwendigerweise zugänglich gemacht werden müssen.

(5) Der AN hat seine Mitarbeitenden und Dritte, die er im Rahmen des Auftragsverhältnisses einsetzt, schriftlich entsprechend zu verpflichten und der TK auf Anforderung schriftlich zu bestätigen, dass er dieser Verpflichtung nachgekommen ist.

§ 13 Datenschutz

Der AN verpflichtet sich, das Sozialgeheimnis nach § 35 SGB I und die Grundsätze der EU-Datenschutzgrundverordnung (Vertraulichkeitsgebot) zu wahren. Sollten der AN oder dessen Mitarbeitende bzw. sonstige von ihm eingesetzte Dritte im Rahmen des laufenden Vertragsverhältnisses Kenntnis über Sozialdaten oder geschützte personenbezogene Daten erhalten, ist es ihnen untersagt, diese Daten zu verarbeiten oder zu nutzen. Der AN hat seine Mitarbeitenden und Dritte, die er im Rahmen des Auftragsverhältnisses einsetzt, schriftlich entsprechend zu verpflichten und der TK auf Anforderung schriftlich zu bestätigen, dass er dieser Verpflichtung nachgekommen ist.

§ 14 Unteraufträge

(1) Die Übertragung der Ausführung von vertragsgegenständlichen Leistungen oder Teilleistungen des AN auf einen Unterauftragnehmer oder der Austausch bedarf der vorherigen Information und schriftlichen Zustimmung der TK. Der AN hat der TK im Rahmen dieser Information und vor der Erteilung der Zustimmung eine schriftliche Erklärung des Unterauftragnehmers einzureichen, in der dieser bestätigt, dass er die auf ihn übertragenen Leistungen erbringen wird und die hierfür benötigten Kapazitäten/Mittel zur Verfügung stellt. Für die im Angebot des AN benannten Unterauftragnehmer gilt die Zustimmung der TK als erteilt.

Bloße Zulieferungen oder rein unterstützende Tätigkeiten fallen nicht unter den Begriff des Unterauftrags.

(2) Durch die Aufgabenübertragung auf Dritte dürfen die vertrags- und gesetzeskonforme Vertragsdurchführung, insbesondere der Vertragszweck, die vereinbarten Termine, die Einhaltung der Vorschriften über Datenschutz und Geheimhaltung nicht gefährdet oder beeinträchtigt werden. Der AN ist verpflichtet, in den Vertrag mit seinem jeweiligen Unterauftragnehmer entsprechende Regelungen aufzunehmen und hat auch im Übrigen sämtliche erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Anforderungen des Satzes 1 sicherzustellen. Der AN stellt u.a. sicher, dass der Einsatz und die Vergütung von Unterauftragnehmern nicht gegen EU-Sanktionen verstoßen und Unterauftragnehmer die für den AN geltenden Vertraulichkeits- und Sicherheitsstandards einhalten.

(3) Der AN bleibt gegenüber der TK für die Erfüllung aller Verpflichtungen aus diesem Vertrag verantwortlich, auch wenn Leistungen oder Teilleistungen von Unterauftragnehmern erbracht werden. Er überwacht die Einhaltung aller relevanten gesetzlichen und vertraglichen Bestimmungen durch seine Unterauftragnehmer.

(4) Die Zustimmungserteilung nach Absatz 1 kann von der Prüfung der Fachkunde, der Leistungsfähigkeit und der Zuverlässigkeit des Unterauftragnehmers anhand der Maßstäbe der Eignungsprüfung im Rahmen der erfolgten Auftragserteilung unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Anforderungen abhängig gemacht werden. Der AN hat für den Unterauftragnehmer hinsichtlich dessen Leistungsanteils die Eignungsnachweise vorzulegen, die seitens der TK auch von ihm selbst gefordert wurden.

Die TK kann eine einmal erteilte Zustimmung widerrufen, falls sich herausstellt, dass die Voraussetzungen für eine Unterbeauftragung nicht (mehr) vorliegen, insbesondere wenn sich herausstellt, dass die Eignung des Unterauftragnehmers wegfällt, das Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS) die Unterbeauftragung untersagt oder die Unterbeauftragung Störungen im Vertragsverhältnis zwischen AN und TK zur Folge hat.

(5) Die voranstehenden Regelungen gelten entsprechend für jede weitere nachgeordnete Unterbeauftragung. Der AN stellt in diesen Fällen sicher, dass nachgeordnete Unterauftragnehmer entsprechend verpflichtet werden.

§ 15 Besondere Vertragsbedingungen nach dem Bundestariftreuegesetz und Vertragsstrafe

(1) Der AN verpflichtet sich, den zur Leistungserbringung eingesetzten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für die Dauer, in der sie in Ausführung des öffentlichen Auftrags tätig sind, mindestens die Arbeitsbedingungen zu gewähren, die die jeweils einschlägige Rechtsverordnung nach § 5 des Bundestariftreuegesetzes (BTTG) festsetzt (Tariftreueversprechen). Sobald eine Rechtsverordnung nach § 5 BTTG in Kraft ist, verpflichtet sich der AN zudem, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, die er im Geltungsbereich einer Rechtsverordnung nach § 5 zur Leistungserbringung einsetzt, spätestens am 15. des auf den Tag der ersten Tätigkeit in Ausführung des Auftrags folgenden Monats schriftlich oder in Textform darüber zu informieren, dass sie einen Anspruch auf die einschlägigen Arbeitsbedingungen haben. Die TK stellt dem AN sodann einen Vordruck für die Erfüllung der Pflicht nach Satz 1 zur Verfügung.

(2) Für den AN folgt aus dem Tariftreueversprechen nach Absatz 1 keine Verpflichtung, soweit und solange er nicht unter den Anwendungsbereich einer Rechtsverordnung nach § 5 des BTTG fällt.

(3) Der AN verpflichtet sich, mittels geeigneter Unterlagen zu dokumentieren, dass er sein Tariftreueversprechen nach Abs. 1 und 2 einhält. Die Dokumentationspflicht gilt nicht, wenn der AN nach § 10 Absatz 1 Satz 1 des BTTG zertifiziert worden ist.

(4) Die Einhaltung der besonderen Vertragsbedingungen nach dem BTTG wird durch die Prüfstelle Bundestariftreue (§ 8 des BTTG) kontrolliert. Im Falle einer Kontrolle durch die Prüfstelle Bundestariftreue verpflichtet sich der AN,

- die Kontrolle zu dulden,
- die für die Kontrolle erheblichen Auskünfte zu erteilen,
- die nach Absatz 3 zu erstellenden Nachweise oder ein Zertifikat nach § 10 Absatz 1 Satz 1 des BTTG sowie weitere Unterlagen auf Anforderung der Prüfstelle vorzulegen,
- die Datenverarbeitung über die Deutsche Rentenversicherung zu ermöglichen,
- auf Verlangen der Prüfstelle Bundestariftreue das Betreten der Grundstücke und der Geschäftsräume zu dulden sowie
- datenschutzrechtlichen Voraussetzungen für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten seiner Mitarbeitenden und Dritten, die er im Rahmen des Auftragsverhältnisses einsetzt, zu Zwecken der Kontrolle zu erfüllen, indem er diese insbesondere über die Möglichkeit von Kontrollen unterrichtet und aufklärt.

(5) Der AN trägt eigene durch eine Kontrolle verursachte Kosten selbst.

(6) Der AN verpflichtet sich, von Unterauftragnehmern und von ihm oder von Unterauftragnehmer beauftragten Verleihern zu verlangen und durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass die Unterauftragnehmer und von ihm oder von Unterauftragnehmern beauftragten Verleiher ihre Pflichten nach § 4 Absatz 1 und 3 des BTTG erfüllen.

(7) Die Verpflichtung nach Absatz 6 gilt auch dann, wenn für den AN selbst keine Rechtsverordnung nach § 5 des BTTG einschlägig ist. In Bezug auf die Unterauftragnehmer und Verleiher gilt Absatz 2 entsprechend.

(8) Der AN verpflichtet sich, mit von ihm unterbeauftragten Unterauftragnehmern und Verleihern die in Absatz 4 geregelten Mitwirkungspflichten und die Regelung zur Kostentragung nach Absatz 5 zu vereinbaren und sicherzustellen, dass eine entsprechende Vereinbarung zwischen den von den Unterauftragnehmern oder Verleihern beauftragten weiteren Unterauftragnehmern oder Verleihern getroffen wird.

(9) Die TK ist berechtigt, eine Vertragsstrafe zu verlangen, wenn die Prüfstelle Bundestariftreue durch Verwaltungsakt nach § 13 BTTG festgestellt hat, dass der Auftragnehmer gegen seine Pflichten nach dem BTTG verstoßen hat. Die Höhe der Vertragsstrafe beträgt maximal 1 Prozent pro Verstoß, bei mehreren Verstößen maximal 10 Prozent des Auftragswertes. Bei der Festlegung der Strafhöhe wird die Schwere des Verstoßes gegen das Tariftreueversprechen berücksichtigt. Die Schwere des Verstoßes bemisst sich insbesondere anhand der von dem Verstoß betroffenen Anzahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, dem Grad der Abweichung von den zu gewährenden Arbeitsbedingungen sowie der Schuldform des Verstoßes.

Die Vertragsstrafen werden auf gesetzliche bzw. vertragliche Schadensersatzansprüche angerechnet. Das Recht der TK zur Geltendmachung von Schadensersatz- oder Minderungsansprüchen sowie zur außerordentlichen Kündigung bleibt bei Vorliegen der Voraussetzungen unberührt.

§ 16 Einhaltung gesetzlicher Entgeltbestimmungen

(1) Der AN hat die TK unverzüglich schriftlich zu informieren, sobald er Kenntnis davon hat, dass er oder ein im Rahmen dieses Vertragsverhältnisses eingesetzter Unterauftragnehmer gegen die Bestimmungen des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (MiLoG) oder des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) zur Zahlung des Mindestlohns verstößt oder verstoßen hat oder dass Tatsachen den Verdacht eines solchen Verstoßes begründen.

(2) Die TK ist berechtigt, jederzeit vom AN eine schriftliche Erklärung darüber zu verlangen, dass er der Verpflichtung zur Zahlung des Mindestlohns nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen nachkommt. Sofern die TK Kenntnis von Umständen erlangt, die den Verdacht eines Verstoßes des AN oder eines im Rahmen der Vertragsdurchführung eingesetzten Unterauftragnehmers gegen die Bestimmungen des MiLoG oder des AEntG zur Zahlung des Mindestlohnes begründen, ist die TK berechtigt, weitere über eine schriftliche Erklärung des AN hinausgehende geeignete Nachweise zu verlangen (nach Wahl der TK z.B. Testat eines Wirtschaftsprüfers, aussagekräftige und nachvollziehbare Entgeltunterlagen). Sollte sich ein ohne Zutun des AN entstandener Verdacht nicht bestätigen, ist der AN berechtigt, für die Beibringung der von der TK geforderten Nachweise entstandene Kosten von der TK erstattet zu verlangen. Der AN stellt sicher, dass er berechtigt ist, entsprechende Nachweise auch von im Rahmen dieses Vertragsverhältnisses eingesetzten Unterauftragnehmern zu verlangen und an die TK auf deren Verlangen weiterzureichen.

(3) Ein Verstoß des AN gegen die Verpflichtung zur Zahlung des Mindestlohns nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen kann die TK zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigen. Ein Verstoß eines im Rahmen dieses Vertrages eingesetzten Unterauftragnehmers gegen die Verpflichtung zur Zahlung des Mindestlohns nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen berechtigt die TK dazu, den sofortigen Austausch des Unterauftragnehmers zu verlangen bzw. die Zustimmung zum Einsatz dieses Unterauftragnehmers mit sofortiger Wirkung zu widerrufen.

(4) Der AN stellt die TK von sämtlichen Ansprüchen Dritter frei, die infolge von Verstößen des AN gegen die Bestimmungen des MiLoG oder des AEntG zur Zahlung des Mindestlohnes entstehen. Zudem stellt der AN die TK von sämtlichen Ansprüchen Dritter frei, die infolge von Verstößen gegen die Bestimmungen des MiLoG oder des AEntG zur Zahlung des Mindestlohnes von für die Durchführung des Vertrages eingesetzten Unterauftragnehmern entstehen.

§ 17 Außerordentliche Kündigung

(1) Jede Vertragspartei kann aus wichtigem Grund den Vertrag nach den gesetzlichen Bestimmungen ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist außerordentlich kündigen. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn Tatsachen gegeben sind, aufgrund derer dem Kündigenden unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles und unter Abwägung der Interessen der Vertragsparteien die Fortsetzung des Vertrages nicht mehr zugemutet werden kann. Besteht der wichtige Grund in der Verletzung einer vertraglichen Pflicht, ist die Kündigung erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe gesetzten Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig, soweit nicht nach den gesetzlichen Bestimmungen eine Fristsetzung entbehrlich ist.

Für die TK kann insbesondere dann ein wichtiger Grund vorliegen,

(a) wenn der AN gegen die vertraglichen Regelungen zur Compliance und Antikorruption des Vertrages verstoßen hat oder

(b) wenn EU-Sanktionen die Vertragsdurchführung beeinträchtigen, insbesondere wenn der AN durch den Einsatz oder die Vergütung von Unterauftragnehmern gegen EU-Sanktionen verstoßen hat oder

(c) wenn sich der AN im Zuge der Begründung oder Durchführung des Schuldverhältnisses an unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne des Strafgesetzbuches (StGB) oder des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) beteiligt hat. Dies umfasst insbesondere Vereinbarungen mit Dritten über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über zu fordernde Preise, über die Entrichtung einer Ausfallentschädigung (Gewinnbeteiligung oder sonstige Angaben) sowie über die Festlegung der Empfehlung von Preisen oder

(d) wenn der AN nachweislich eine seine Zuverlässigkeit in Frage stellende schwere Verfehlung begangen hat, die nach den maßgeblichen vergaberechtlichen Bestimmungen seinen Ausschluss vom Wettbewerb rechtfertigt. Eine schwere Verfehlung ist insbesondere die Gewährung von Vorteilen im Sinne der §§ 333, 334 StGB oder

(e) wenn die TK Kenntnis davon erlangt, dass der AN im Vergabeverfahren vorsätzlich unzutreffende Erklärungen in Bezug auf seine Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit abgegeben hat oder

(f) wenn der AN die Regelungen zur Einhaltung gesetzlichen Entgeltbestimmungen verletzt hat oder

(g) wenn die TK eine Weisung des Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS) oder eine gerichtliche oder behördliche Verfügung erhält, die der TK die Durchführung der vertragsgegenständlichen Leistungen nicht länger erlaubt. Der AN verzichtet auf die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen gegen die TK wegen etwaiger durch eine solche Kündigung eintretender Schäden, es sei denn, die Untersagung beruht auf einem pflichtwidrigen Verhalten der TK oder

(h) wenn die Prüfstelle Bundestariftreue einen Verstoß nach § 13 BTTG festgestellt hat.

(2) Die sonstigen gesetzlichen Rechte und Ansprüche bleiben unberührt.

(3) Die außerordentliche Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 18 Compliance und Antikorruption

Der AN ist verpflichtet, zusätzlich zu den bereits im Vertrag aufgeführten Bestimmungen die jeweils für ihn maßgeblichen und im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis stehenden gesetzlichen Regelungen einzuhalten. Dies betrifft insbesondere Anti-Korruptions- und Geldwäschegesetze, Sanktionsvorschriften, kartell-, wettbewerbsrechtliche und strafrechtliche Vorschriften (insbesondere Betrug, Untreue und Insolvenzstraftaten) sowie arbeits- und sozialrechtliche Vorschriften.

§ 19 Wettbewerbsverbot/Konkurrenzschutz

(1) Der AN verpflichtet sich der TK gegenüber zur Exklusivität insofern, als dass er während der Dauer dieses Rahmenvertrages und bis zur Beendigung aller Einzelaufträge keine weiteren Kunden aus dem Bereich der gesetzlichen Krankenkassen und/oder private Krankenversicherungen mit einer vergleichbaren Leistung betreut. Plant der AN ein Mandat für eine andere gesetzliche Krankenkasse und/oder private Krankenversicherung anzunehmen, hat er die TK unverzüglich unter Nennung der gesetzlichen Krankenkasse und/oder privaten Krankenversicherung und der organisatorischen Maßnahmen, die die Vermeidung eines möglichen Interessenkonflikts sicherstellen, um Erteilung ihrer Zustimmung zu ersuchen. In diesem Fall hat er der TK eine Erklärung entsprechend Nr. 4 des Teilnahmeantrag in aktualisierter Form einzureichen. Ein Konkurrenzmandat darf der AN nur annehmen, wenn ihm zuvor eine schriftliche Zustimmung der TK vorliegt.

(2) Dritte, die keine Unterauftragnehmer im Sinne des § 14, sind, unterfallen keinem Konkurrenzschutz.

§ 20 Haftung

(1) Der AN verpflichtet sich, alle ihm übertragenen Aufgaben mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns unter Beachtung der allgemein anerkannten Grundsätze und Prinzipien der Werbewirtschaft auszuführen.

(2) Der AN hat sicherzustellen, dass er bei der Erstellung und der Durchführung des Auftrages sämtliche geltenden Rechtsvorschriften beachtet und einhält unter Berücksichtigung der für die gesetzliche Krankenversicherung geltenden Besonderheiten. Insbesondere sind durch den AN

- § 4a Absatz 3 SGB V,
- die Gemeinsamen Wettbewerbsgrundsätze der Aufsichtsbehörden der gesetzlichen Krankenversicherung (s. **Anlage V5**),
- die Vorschriften über das Wettbewerbs- und ärztliche Standesrecht und des Heilmittelwerbegesetzes sowie - sobald diese in Kraft tritt -
- die Krankenkassen-Werbemaßnahmen-Verordnung (KKWerbV) in der jeweils gültigen Fassung

zu berücksichtigen.

(3) Der AN stellt die TK von sämtlichen Ansprüchen frei, die Dritte gegen die TK geltend machen sollten, soweit diese auf ein pflichtwidriges Verhalten des AN beruhen.

(4) Bei der Einschaltung von Unterauftragnehmern, Erfüllungsgehilfen oder sonstigen Beauftragten, die im Rahmen seiner Leistungsverpflichtung tätig werden, haftet der AN für sämtliche Pflichtverletzungen so, als wenn er selbst tätig geworden wäre.

§ 21 Versicherung

(1) Der AN verpflichtet sich, für den Fall der Inanspruchnahme durch die TK oder Dritte, eine der Höhe und dem Umfang nach ausreichende Haftpflichtversicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden vorzuhalten. Die Mindestversicherungssumme für Personen- und Sachschäden beträgt 3 Millionen Euro pauschal je Schadenereignis und -jahr. Für reine Vermögensschäden ist mindestens eine (ggf. auch separate) Vermögensschadenhaftpflichtversicherung mit einer Versicherungssumme von 500.000 Euro pro Schadenereignis und -jahr vorzuhalten.

(2) Sofern sich der AN bei der Ausführung anderer bedient und soweit diese nicht von dem gemäß Abs. 1 vorzuhaltenden Versicherungsschutz mit umfasst sind, hat der AN sicherzustellen, dass diese ebenfalls eine Abs. 1 entsprechende Haftpflichtversicherung abschließen und unterhalten.

(3) Diese Versicherungen müssen spätestens zu Beginn der jeweiligen Leistungserbringung Gültigkeit haben und sind während der Dauer dieses Vertragsverhältnisses aufrecht zu erhalten.

(4) Auf Verlangen der TK ist während der Vertragsdauer mindestens eine Versicherungsbestätigung des zuständigen Haftpflichtversicherers mit aktuellem Datum vorzulegen, aus der hervorgeht, dass die Versicherung ungekündigt besteht. Zudem muss diese Bestätigung die für die TK ausgeführte Tätigkeit als auch die vereinbarten Versicherungssummen beinhalten. Bei Bedarf sind weitere Nachweise einzureichen.

(5) Der AN hat der TK sämtliche Änderungen im Versicherungsumfang, die mit den Anforderungen aus den Absätzen 1 bis 4 im Zusammenhang stehen, unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

§ 22 Abwicklung des Vertrages

(1) Der AN verpflichtet sich, nach Beendigung des Vertragsverhältnisses unverzüglich sämtliche mit diesem Vertrag im Zusammenhang stehenden Unterlagen, Materialien und Datenträger sowie von der TK überlassene Dateien in ihrer ursprünglichen und gegebenenfalls durch den AN aktualisierten Form an die TK bzw. an einen von der TK benannten Dritten herauszugeben oder nach Absprache mit der TK zu vernichten bzw. zu löschen. Der AN kann an den genannten Gegenständen kein Zurückbehaltungsrecht geltend machen.

(2) Die Pflicht zur Herausgabe von Unterlagen, Materialien und Datenträger besteht nicht, sofern der AN zu deren Aufbewahrung gesetzlich verpflichtet ist.

§ 23 Sonstige Vereinbarungen

(1) Soweit der Vertrag eine "schriftliche" Zustimmung bzw. Erklärung fordert, ist die Textform (z.B. E-Mail) ausreichend. Gleiches gilt für rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen (z.B. Fristsetzung und Mahnung), es sei denn, die Parteien haben eine strengere Formvorschrift vereinbart. Soweit der Vertrag "Schriftform" fordert, muss eine Erklärung gemäß §§ 126, 126a BGB erfolgen (per Brief mit einer eigenhändigen Unterschrift bzw. unter Verwendung einer qualifizierten elektronischen Signatur).

(2) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages sind nur wirksam, wenn sie in Schriftform oder im elektronischen Vertragsabschlusssystem der TK in Textform getroffen werden. Dies gilt auch für die Änderung oder Aufhebung dieser Klausel. Mit diesem Formerfordernis soll keine Abbedingung des Vorrangs einer - auch mündlichen - Individualvereinbarung einhergehen.

(3) Die Benennung der TK als Referenzkunde ist dem AN nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung gestattet. Die TK kann eine von ihr erteilte Zustimmung jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen.

(4) Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

(5) Die Abtretung einer Forderung des AN aus diesem Vertrag ist nur mit Zustimmung der TK rechtswirksam. Der AN hat die Abtretungsanzeige der TK vorzulegen. Die TK teilt dem AN sowie dem vorgesehenen neuen Gläubiger schriftlich ihre Entscheidung mit.

(6) Gerichtsstand ist der Sitz der TK.

Techniker Krankenkasse
Leitung Einkaufsmanagement

Datum, Auftragnehmer